97. Jahrgang. Nr. 395 Mittwoch, 23. August 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich RM. 3.20 (einschließl. 70 Pfg. Trägerlohn), durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25291. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise: 30 mm breite Grundzeile 35 Pfg., auswärts 40 Pfg. Krisenaufschlag u. Rabatte nach Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ermäßigte Preise. Off.-Gebühr 30 Pfg. Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Student und Arbeiter gehören zusammen

Erlasse des NS.-Studentenbundes

Berlin, 22. August. Am Montag wurde zwischen dem Führer der Arbeitsfront-Jugend, Heinz Otto, und dem Kreisführer des nationalsozialistischen deutschen Studentenbundes, Heinz Hippler, ein gemeinsamer Beschluß über die Zusammenarbeit von Studenten und Jungarbeitern gefaßt:

1. An die Führer der Hochschulgruppen und Fachschulgruppen des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes ergeht die Anordnung, mindestens jeden vierten Versammlungsabend gemeinsam mit einer Kolonne der Ortsgruppe der Arbeitsfront-Jugend zu veranstalten. Diese Abende werden betont kameradschaftlich-unterhaltenden Charakter haben, aber auch der gemeinsamen politischen und kulturellen Schulung dienen.

2. Die Jungarbeiterführer und Studentenführer werden von Zeit zu Zeit zu gemeinsamen Führersitzungen sowie zur gemeinsamen Schulung zusammengezogen.

3. Zu Beginn des Winters findet ein großer kultureller Kameradschaftsabend sämtlicher Berliner Jungarbeiter und Studenten statt.

4. Die Verbindung zwischen Jungarbeitern und Studenten wird auch über diesen vorläufigen festen Rahmen hinaus durch engsten Konnex und Austausch bei sämtlichen Unternehmungen gefördert werden.

Die praktische Ausführung dieses Beschlusses, der die gemeinsame Kampfparole betont: „Für völkischen Sozialismus, gegen Reaktion auf allen Gebieten!", hat bereits eingesetzt und sowohl unter den jungen Arbeitern wie unter den Studenten ungeheuren Anklang gefunden.

Gemeinschaftslager auch für junge Aerzte?

Berlin, 22. Aug. In der Berliner Philharmonie fand heute die von dem Nationalsozialistischen Deutschen Aerztebund gemeinsam mit dem Bund Deutscher Aerzte einberufene Versammlung statt, die zu dem Thema „Der Arzt im Dritten Reich" Stellung nahm. Dr. von Stuckradt eröffnete die Versammlung. Er dankte den Parteigenossen und den deutschen Volksgenossen für ihr zahlreiches Erscheinen und erteilte das Wort dem Ministerialrat Dr. Conti, der in seiner Rede u. a. ausführte, mit der Rassenfrage — es handele sich nicht nur um Juden — treffe man eigentlich den ganzen Kernpunkt der Aerztefrage. Die Lage der Aerzteschaft in Berlin habe sich nicht verschlechtert, sondern verbessert. Dies sei hauptsächlich auf die wachsende Kollegialität unter den arischen Aerzten und auf das Eliminieren der in so erschreckendem Maße vorherrschend gewesenen jüdischen Aerzteschaft zurückzuführen. Zu begrüßen wäre es, wenn die Medizinstudenten vor ihrem Examen in ebensolchen Lagern zusammengefaßt würden wie die Referendare, da ja der Arzt wie kaum ein anderer mit allen Ständen des Volkes zusammenkomme und daher die Stände mit ihren Eigenarten, Sehnsüchten und Fehlern genau kennen müsse.

Hochschulreform in Baden

Umbau nach dem Führerprinzip

Karlsruhe, 22. August. Der badische Kultusminister Dr. Wacker erläßt soeben eine Verordnung, die einen völligen Umbau der Hochschulverfassungen in Baden bringt und auf dem Wege der Hochschulreform des Reiches bahnbrechend sein wird. Im Gleichschritt der Entwicklung wird in ihr das Führerprinzip verwirklicht. Dem Rektor stehen demnach alle Befugnisse des seitherigen engeren und großen Senats zu. Er wird vom Kultusminister aus der Zahl der ordentlichen Professoren ernannt und von ihm vereidigt. Der Rektor hat das Recht, für eine von ihm zu bestimmende Zeit aus dem Lehrkörper der Hochschule einen Kanzler zu ernennen, der ihn vertritt. Das Amt des nach diesem Erlaß erstmalig zu ernennenden Rektors beginnt am 1. Oktober 1933. Das Ende seiner Amtszeit wird vom Ministerium bestimmt. Die Amtsdauer der Dekane und Senatoren bestimmt der Rektor. Er ist befugt, diese jederzeit abzuberufen. Gegen eine die Abberufung aussprechende Entscheidung steht dem betroffenen Dekan oder Senator die Beschwerde an das Ministerium zu.

Sparen und Schaffen

Man kann sich nicht leicht einen größeren Unterschied vorstellen, als den zwischen der gestrigen Etatsverkündigung im Sächsischen Landtag und der Etatsdebatte im vorigen Jahre. Schon im äußeren Rahmen! Es lag eine gewisse Feierlichkeit über der Szene, die ihr etwas von der Trockenheit nahm, die beim stundenlangen Jonglieren mit Zahlen üblich zu sein pflegt. Und das war wieder nur möglich, weil das Element der Unruhe, die turbulente Linke, völlig fehlte. Leer gähnen die Reihen, aus denen sonst Kommunisten und Sozialdemokraten um die Wette ihren Unfug trieben. Auf ihren Plätzen sitzen jetzt einige Abgeordnete in Stahlhelmuniform, dazwischen fünf in bürgerlicher Kleidung, und dann folgt die Schar der Braunhemden auf den Sektoren der Rechten. Keine Unruhe, kein Zwischenruf stört die Aufmerksamkeit, auch das ständige Hin und Her, die Unterhaltungen in den Plauderecken haben mit der parlamentarischen Periode aufgehört. Der Finanzminister hat wirklich „das Ohr des Hauses".

Auch sonst war seine Arbeit in mancher Hinsicht durch die Neuordnung der Verhältnisse erleichtert. Das kommt schon darin zum Ausdruck, daß der Etat nicht mehr dem Landtag zur Debatte und zur Beschlußfassung vorgelegt, sondern von der Regierung auf Grund der Ermächtigung als Gesetz verkündet wird. Das Ganze ist daher mehr ein Höflichkeitsakt, der Landtag gibt nur den würdigen Rahmen, in dem die Regierung ihren Arbeitsplan dem sächsischen Volk zur Kenntnis bringt. Infolgedessen fallen auch die Rücksichten weg, die früher bei der unklaren Lage der Mehrheitsverhältnisse auf die Parteien der Linksopposition genommen werden mußten. Wenn auch in den letzten Jahren, in der Zeit der Notverordnungen, bereits alle die Mehrbewilligungsanträge, mit denen den Wählern geschmeichelt werden sollte, am Veto des Finanzministers scheiterten, so hat sich die Lage jetzt doch noch weiter vereinfacht dadurch, daß solche Mätzchen gar nicht mehr versucht werden. Und auch alle die anderen kleinen Aushilfsmittel, mit denen die bürgerlichen Regierungen die Sozialdemokraten bei guter Laune zu halten versuchten, damit sie den Etat trotz aller Brandreden schließlich doch schluckten, sind überflüssig geworden. Es gibt keine Parteibeschlüsse mehr, sondern nur noch den Entschluß der verantwortlichen Führung.

Auf der andern Seite waren aber die sachlichen Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Haushaltplanes noch größer, als in den vergangenen Krisenjahren; denn in den Steuereingängen, mit denen jetzt zu rechnen ist, kommt ja die Katastrophe von 1932 erst richtig zur Auswirkung, und gleichzeitig soll doch vom Staat her durch Zuführung neuer Mittel die Wirtschaft belebt und die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Dieses Dilemma ist das Kennzeichen des Etats für 1933: Zwang zu noch größerer Sparsamkeit auf der einen Seite, weitere Drosselung und Einschränkung der schon stark ausgekämmten Ausgaben, und trotzdem arbeitschaffende Maßnahmen als Quelle der Hoffnung auf der anderen Seite. Die Art, wie diese Schwierigkeiten überwunden worden sind, wie ein Etat aufgestellt wurde, der Sicherheit für die Staatsfinanzen verbürgt und gleichzeitig Antriebe zum Aufschwung gibt, verdient rückhaltlose Anerkennung. Ein Teil des Verdienstes kommt den Vorarbeiten der früheren Schieckregierung zu, die Finanzminister Kamps übernehmen mußte. Die bedeutungsvollen Arbeiten der Fertigstellung, der Ergänzung und des Ausgleichs sind dagegen das Werk des neuen Finanzministers und zeugen von der kundigen Hand des Finanz- und Wirtschaftssachverständigen.

Die Lage des Landes wird ohne die zweckbestimmte Schönfärberei der marxistischen Epoche in aller Offenheit klargelegt als ernst und schwierig, aber als gesichert und hoffnungsvoll. Mit großem Nachdruck wird der Unterschied betont, der in allen Fragen der Krisenüberwindung zwischen agrarischen Landesteilen wie Ostpreußen und dem überempfindlichen sächsischen Industriegebiet besteht. Darüber, daß hier mit anderen Mitteln, langsamer und umfassender vorgegangen werden muß, läßt die Regierung keine Illusionen aufkommen. Der Ausgleich des Etats war ebenso wie im Vorjahre auf Grund der eigenen Finanzkraft nicht möglich, deren übermäßige Beanspruchung am besten aus der Tatsache hervorgeht, daß im Jahre 1930 noch die Reichssteuerüberweisungen 50,3 Prozent und die Landessteuern nur 40,7 Prozent des Gesamtsteueraufkommens des Staates darstellten, während in diesem Jahre das Land 58,7 Prozent aufbringen muß und das Reich nur 41,3 Prozent beisteuert. Umsomehr muß unter Berücksichtigung der wieder betonten besonderen Notlage Sachsens erwartet werden, daß man in Berlin dafür Verständnis zeigt und in der Frage der Verzinsung der Eisenbahnabfindungsschuld des Reiches Entgegenkommen zeigt, von deren Eingang das Gleichgewicht des Etats abhängt. Der gleiche Appell an das Verständnis des Reiches kehrt in der Rede des Finanz-

Weltwirtschaft und Abrüstungsfrage

Heraus aus der Stickluft von Versailles!

Berlin, 22. Aug. Der Vizepräsident des Reichsbundes für deutsche Sicherheit, Geheimrat Grüner, sprach am Dienstagabend über alle deutschen Sender über „Die weltwirtschaftliche Bedeutung der Abrüstungsfrage". Er führte u. a. aus:

Durch die Londoner Weltwirtschaftskonferenz sind die Hoffnungen der auf der Welt vorhandenen 60 Millionen Arbeitslosen abermals enttäuscht worden. Die Grundursache der wirtschaftlichen Erkrankung der Welt liegt eben in der politischen Ungerechtigkeit des Diktates von Versailles klar und eindeutig beschlossen; sie liegt also nicht in der Wirtschaft, sondern in der Politik. **Erst muß Europa aus der modrigen Stickluft von Versailles herausgeführt werden. Vorher ist die Arbeit der wirtschaftlichen Fachspezialisten sinnlos.**

Die Weltwirtschaftskonferenz wäre nicht im Sande verlaufen, wenn auf der Abrüstungskonferenz bereits ein sichtbarer Fortschritt erzielt worden wäre.

In Europa kann nicht Frieden werden, ehe nicht Deutschland volle Gleichberechtigung geworden ist, und die Weltwirtschaft kann nicht eher genesen, ehe nicht die übrigen Staaten ebenfalls abgerüstet haben. Es ist der Gipfelpunkt gewissenloser Heuchelei, die neueste innere Entwicklung in Deutschland als Vorwand für den Nichtabrüstungswillen der anderen zu mißbrauchen.

Die Unterordnung wirtschaftlicher Zweckmäßigkeitsgesichtspunkte unter rüstungspolitische Gesichtspunkte habe die Uebersetzung des europäischen Industrieapparates zur Folge gehabt und die Zerrüttung des ganzen nationalwirtschaftlichen Gefüges durch Handelskriege aller gegen alle herbeigeführt.

Entweder man schreitet allgemein zu einer wirksamen Beschränkung der Rüstungen und bezieht Deutschland als gleichberechtigten Mitarbeiter in dieses System ein und schafft so eine Atmosphäre wirklichen Friedens,

oder die Wiederaufrichtung Deutschlands vollzieht sich als unabwendbarer historischer Vorgang allen Widerständen zum Trotz.

Wie auch immer die Wiederaufrichtung Deutschlands vor sich gehen wird, die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft können von diesem Vorgang nur gewinnen. Die Schwächung Deutschlands durch Versailles hat zu einer wirtschaftlichen Katastrophe der Welt geführt, die nicht ihres gleichen kennt. Die Hauptursache dieser Schwächung Deutschlands ist die künstliche Wehrlosigkeit inmitten eines überrüsteten Europas.

Es gibt zur Behebung der Weltwirtschaftskrise nur einen Weg: Herstellung eines echten europäischen Friedens durch volle Gleichberechtigung für Deutschland. Insofern gehört auch die gerechte Lösung der Abrüstungsfrage in den Aufgabenkreis der Arbeitsbeschaffung, der wir alle unter der Führung unseres weitblickenden Volkskanzlers Adolf Hitler unsere ganze Kraft widmen.

Roosevelt stimmt französischen Plänen zu

Neuyork, 22. Aug. Ueber eine Zusammenkunft zwischen Präsident Roosevelt und Norman Davis, die heute nachmittag in Hydepark stattfand, wird bekannt, daß Roosevelt dabei sein volles Einverständnis mit den allgemeinen Richtlinien der von Frankreich vorgeschlagenen Rüstungskontrolle für die ganze Welt hervorgehoben hat. Der Vorschlag entspreche im wesentlichen seinen eigenen Ideen, wenn er auch von seinem Standpunkt aus gewisse Aenderungen für wünschenswert halte. Ferner soll Roosevelt mit aller Deutlichkeit klargestellt haben, daß er auch weiterhin auf dem Boden des Planes zur Abschaffung der Angriffswaffen stehe. Ebenso sei er bereit, an dem von Frankreich geforderten Konsultativpakt teilzunehmen. Norman Davis soll sich über die Aussichten optimistisch geäußert haben. Seine Abreise nach Europa dürfte in ein bis zwei Wochen erfolgen.

Führer japanischer Jugend in Berlin

Berlin, 22. August. Die zur Zeit in Berlin weilenden japanischen Jugendführer, Kapitän Hara, Leiter der japanischen Seejugend, und Direktor Obi, Vorstand und Direktor der Jugendbewegung im Kultusministerium zu Tokio, nahmen Gelegenheit, nähere Verbindungen mit der Hitlerjugend anzuknüpfen. Bei einer Zusammenkunft mit dem Bannführer Otto Sens von der Abteilung Ausland der Reichsjugendführung brachten sie den Wunsch zum Ausdruck, daß auch künftighin die Jugend beider Nationen freundschaftliche Beziehungen unterhalten möge.

Freier Brotverkauf im Schwarzerde-Gebiet

Moskau, 22. August. Im zentralen Schwarzerde-Gebiet hat der freie Handel mit Brot und Mehl aus der neuen Ernte begonnen. Dieses Gebiet hat somit als erstes die Abgabe an den Staat abgeschafft. Das Brot wurde zu einem recht hohen Preissatz verkauft, durchschnittlich zu 1,5 bis 2 Rubel je Kilogramm. Es findet trotz des hohen Preises recht guten Absatz.

SLUB
Wir führen Wissen.